

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

294 (16.12.1915)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 76 J., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 J.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 J. Lokalinsertat billigst. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Durchhalten.

Ein Parteigenosse und Wandstürmner schreibt uns: Mehr wie 16 Monate tobt jetzt schon der fürchterlichste aller Kriege und noch ist das Ende desselben nicht voraussehbar. Unzählige Opfer, unsagbares Leid, ungeheure Not und Entbehrungen aller Art waren seine Begleiterscheinungen, nicht nur für unsere Kämpfer da draußen, auch für die Daheimgebliebenen. Welche Phantasie ist nötig, den Jammer auszubilden, welche Feder imstande, ihn zu schildern, das Bild der Verwüstung einheitlich und lückenlos darzustellen?

Undächtig und stumm stehen wir dennoch im Ueberdenken dessen, was unser Volk in diesem langen Zeitraum, wo dieser Krieg nun schon tobt, geleistet hat und noch täglich leistet. Die große Zeit fand wahrlich kein kleineres, schwächeres, in sich zusammenstinkendes Volk, das vor der Aufgabe, die riesengroß, wie Berge, an ihn herantrat, nicht zerschmetternd in sich selbst zusammenbrach. O nein!

Diesem Volk in seiner unerschöpflichen Entschlossenheit wachsen gleichsam mit der Feinde Zahl — damals in den ersten Tagen des Weltbrandes — auch die Kräfte unermesslich, die zu beispiellosen Taten im blutigen Kriegshandwerk führten, zu Taten, wie die Welt noch keine sah! Wir alle sind daher auch heute noch, wie zu Beginn des blutigen Ringens, entschlossen, den Kampf für unser Volk fortzusetzen, weil unsere Feinde von Frieden noch nichts wissen wollen. Unsere staatliche und nationale Selbstständigkeit bis zu einem siegreichen Ende des Krieges fortzusetzen und die Gegner nicht eher locker zu lassen als bis sie auf die Knie gezwungen sind, das ist das Gebot der Selbsterhaltung!

Kann und darf es anders sein? Dürfen wir als internationale Sozialisten, die in allen Menschen ihre Brüder, ihre Schwestern sehen, so handeln? Steht uns unsere nationale Eigenart näher, oder verfolgen wir deutschen Sozialisten Ziele, die uns dem eigenen Volke entfremden sollen?

In nachstehenden Ausführungen versuchen wir darauf die Antworten zu geben.

1. Als der jahrzehnte, ja jahrhunderte alte Traum deutscher nationaler Selbstständigkeit, dem unsere besten Denker, leider vergeblich, ihre Kraft geliehen, im Kriege 1870/71 von dem eisernen Kanzler mit Blut und Eisen unantastbar gemacht wurde, da ging das stille Fühlen der Befreiung durch alle deutschen Stämme. Deutschland erlachte was es war, was an geistigen und sittlichen Kräften in ihm steckte. Außer der parlamentarischen Vertretung des Volkes im Reichstage, die am gleichen Tage, wie das neue deutsche Reich entstand, wurde als schwaches, unbeholfenes Kind auch die soziale Fürsorge aus der Taufe gehoben.

Der langsame, allmähliche Aufschwung der Landwirtschaft und Industrie, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse brachten Ost und West, Süd und Nord in einem tieferen, innigeren Kontaktverhältnis. Man lernte sich kennen, schätzen und lieben, weil man erkannte, daß nur alle einander nützlich sein konnten, daß nur aus allen Deutschen Großes und Größtes hervorgerufen konnte. Die freieren Regungen des deutschen Südens wirkten segnend und befruchtend auf Norddeutschland und umgekehrt durften wir die Disziplinierung der Massen des deutschen Volkes im Heere, die aus Norddeutschland kam, als eine erzieherische Wohlthat für ganz Deutschland freudig begrüßen, wenn auch über die Form verschiedene Meinungen herrschten. Wir sind der Meinung, daß ohne diese erzieherische Tätigkeit niemals die gegenwärtige Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung möglich gewesen wäre.

Im gegenseitigen Geben und Empfangen strebten alle unsere Stämme nach dem Schönsten und Edelsten: nach der geistigen und sittlichen Erziehung des Volkes, bauten damit das Fundament — wenn auch in verschiedenartiger Auffassung und Stärke zu unserer Unbezwinglichkeit im Völkerringe. Gewiß verkennen wir Sozialisten nicht die große Klüft, die unsere Weltanschauung von der bürgerlichen trennt. Gewalttätige Schichten des deutschen Volkes erkannten und erkennen aber heute immer mehr, daß die sozialistischen Theorien, die Arbeit unserer größten, feinsten und freiesten Denker nicht nur volle Berechtigung und eine ungeheure Lebenskraft in sich bergen, daß durch sie das Zusammengehörigkeits- und Vaterlandsgefühl ganz ungeahnt gestärkt wurde.

Das Gegenteil wurde uns in der Vergangenheit ja tausendfach — wenn auch vergeblich — nachzuweisen versucht. Kleinliche Mittel, mit denen man große Ideen nicht totschlagen kann.

An der persönlichen Meinung eines jeden Bürgers, gleich welchen Standes oder Berufes, einer ehrenhaften, politischen Gesinnung, gleich welcher Richtung, kam und darf fürderhin keine Frage, kein Staatsanwalt und Richter mehr rütteln, die freie Meinungsäußerung zu erschrecken. Sünde woa, heist es da! Denn die Ziele, die er-

läutert und erstrebt wurden, die nach dem Kriege stärker denn je aufzutreten werden, die hatten und haben nichts anderes als das Glück und Wohl des deutschen Volkes im Auge!

Wir sagen daher mit Zug und Recht: in der Niederbringung aller unserer Feinde — wenn sie nicht zum ehrenvollen Frieden bereit sind — steht das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Partei, einig und geschlossen wie ein Mann da!

Das, was wir in unserem deutschen Staat an Maßnahmen und Einrichtungen im Laufe der Zeit durch innere Kraft, Erkenntnis und Geschlossenheit zum Wohle des deutschen Volkes durchführen wollen, wofür unser Volk reif ist, das lassen wir deutschen Sozialisten uns weder durch die englisch-französische noch gar russische Soldateska vorschreiben oder bestimmen. Das ist unsere ureigene Angelegenheit und unsere Feinde von heute sind so lange unsere Gegner, so lange sie die Zerstückelung und Aufteilung Deutschlands in ihrem Programm haben. Wir sind so innig mit unserem Volke verwachsen, daß wir gar nicht anders handeln können.

2. Die freie Entwicklung der Nationen ist jetzt, wie immer, unser oberster Leit- und Grundgedanke! Anders dürfen wir kommen und wir gar nicht sein; denn wir stehen oder fallen mit unserem Volke!

Wir dürfen als Menschen, als Deutsche, noch mehr aber auch als internationale Sozialisten so sein, denn nicht wir oder das deutsche Volk ist für diesen schrecklichen Krieg verantwortlich, noch unsere französisch-englischen oder gar russischen Genossen. Unsere französischen Genossen erinnern sich ebenso gut wie wir daran, daß dem Kapital vor dem Kriege der gemeinsame internationale Kampf gegolten hat. Dem Kapital rückten wir stets und immer auf den Leib, weil wir es erkannten, wußten, daß es in seinem Selbstinteresse keine Rücksicht auf das Leben Hunderttausender nimmt, wenn es gilt, Profite einzuhelmeln. In ihm sehen wir Sozialisten alle, ohne Ausnahme, das Uebel unserer Zeit und die Gefahr des Krieges.

In diesem Kriege kämpft zwar ein Volk gegen Völker, ja gegen die halbe Welt, aber noch mehr das Kapital gegen das Kapital.

Dieses alles ist schuld daran — im Vereine mit der Geheimdiplomatie aller am Kriege beteiligten Länder — daß so namenloses, unermessliches Unglück über das zivilisierte Europa hereinbrechen konnte. In unserem deutschen Regierungssystem mögen manderlei Einrichtungen nicht so sein, wie wir sie als Sozialisten und Demokraten fordern. Das ist unsere Sache, unsere Angelegenheit, die den übrigen Völkern nichts, aber auch rein gar nichts angeht. In unserem Honoreur sehen wir nach dem Pakt! Als Volk als geschlossenes Ganzes haben wir unseren Gegnern, haben wir der Welt gezeigt, daß Deutschland nicht zu besiegen ist.

Wären unsere Gegner nicht mit Blindheit geschlagen, müßten sie das, nach so langem Ringen, einsehen. Doch nein! Nach wie vor uns niederzuringen ist ihr Ziel, dem sich selbst solche Genossen anklieben, die heute im Ministerium der „heiligen Einigkeit“ in Frankreich sitzen und die auch noch Stücke aus unserem Körper — Elch-Lothringern — schneiden wollen.

Deutsche Genossen, deutsche Internationalisten mit lebendigerem Feuer für die hohen und höchsten Ziele und Ideale der Menschheit im Herzen, wie vor dem Kriege, die im Verlaufe des gigantischen Ringens öfters die Hand zum Frieden boten, wurden schroff zurückgewiesen! Wie die Dinge nun leider heute liegen, können wir nur dann vom Frieden reden, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, eine andere Deutungswerte wollen die Gegner nicht gelten lassen, weil sie noch immer vom Siege träumen!

Was sich nicht biegen will, muß brechen und der Kriegsgott muß weiter schalten und walten. Das Schicksal wird seinen unerbittlichen Gang schreiten und unsere Soldaten und Armeen, im Verein mit denjenigen unserer Verbündeten, die werden am Anbohe der künftigen Geschicke schon das Meisterstück schmieden, daß allen unseren Feinden die Augen aufgehen werden.

Wenn unsere Bemühungen für den Frieden scheiterten: unsere Schuld ist es nicht und wir lehnen jede Verantwortung für die Opferung weiterer Seelenabenden von Menschenleben ab!

Wir deutschen Sozialisten können das Urteil der Geschichte über unser Tun, von Anfang des Krieges bis heute und weiterhin, in Ruhe abwarten. Die stolze Höhe, auf der wir stets standen, haben wir nicht zu verlassen brauchen und blinder Haß hat in unserer Brust keinen Platz! Wir bleiben die Alten, auch im Kriege, verständlich, menschlich, zum schnellen Frieden allzeit bereit.

3. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!“ Den gemeinsamen Willen, zusammenzuhalten, alles Trennende zu meiden und nur an das Vaterland zu denken, das allein

ist jetzt notwendig. Das sind wir unserem Volke in allen seinen Gliedern, in allen Teilen schuldig und unsere nationale Eigenart, die wir nicht untergehen sehen möchten, heißt es gebieterisch von uns. Es ist das Gebot der Stunde, des Tages, der schrecklichen Zeit! Die Nationen sind gleichsam der heilige Schrein, in dem die köstlichsten Güter der Menschheit aufbewahrt werden und kein Volk darf sich vermaßen, an das Heiligtum der Rasse und Sprache zu rütteln oder Einrichtungen des anderen Volkes zu bedrohen! Tief im Herzen klingt uns ja der Mutterlaut und Liebe und Bewunderung dürfen wir gegenüber unserem Volke an den Tag legen. Niemand kann und wird es uns wehren und das Vermächtnis großer, erhabener deutscher Geister, denen das Glück der ganzen Welt, aller Menschen am Herzen lag, ist in uns, im Kriege, nicht erkaltet.

Wir wissen heute mehr denn je, daß das Kapital der geschworene Feind der menschlichen Verbrüderung ist, es ist die Quelle allen Übels, das dem Volke, der Menschheit ihr Glück und Wohlergehen vorenthält.

Dünkelhaftes Ständebewußtsein, alte, überkommene Einrichtungen, wie zehrten sie in der Vergangenheit am Marke unserer Kraft. Als freie Geschöpfe sehen wir im Menschen nur den Menschen, dem unsere Achtung gebührt, wenn er sich als nützlich Mitglied der Gesellschaft erweist und keine Ueberhebung vor noch so niedriger Arbeit, darf es nach unseren Begriffen geben. Das ist ein Volkswinteresse und nur auf diese Weise läßt sich ein harmonisches Zusammenleben und Zusammenarbeiten gewährleisten, wenn auch der Ideenstreit bleiben muß, um nicht an Selbstzufriedenheit zu Grunde zu gehen. Um jeden Fortschritt muß ja gerungen, gekämpft werden, heute wie vor tausend Jahren. Dem Rückschlag, dem Herzen des deutschen Volkes stehen wir darum so nahe, wie nur eine Partei und nichts liegt uns ferner, diese Verbindung aufzugeben und dem eigenen Volke zu entfremden.

Als Mandatsträger seines Willens, als Herolde seiner Ideen sind wir Sozialisten ja berufen, selbige in der großen, internationalen Gemeinde nach dem Kriege wieder zu vertreten, ihnen Geltung zu verschaffen. Damit deutschem Geiste und Können, den Einfluß zu sichern, den wir kraft unserer Fähigkeiten, das Wohl des ganzen Menschengeschlechts fördern zu helfen, beanspruchen dürfen. Denn nur die Masse der disziplinierten Geister vermag das große Werk der Befreiung der Menschheit durchzuführen.

Das wilde Tier der sozialen und politischen Interessen zu bändigen, zu zähmen und herauszulichten zum gehorsamen Ausbringer weiterer, größerer Volkswohlfahrt, das sind wir Sozialisten national im Herzen, nationale Arbeiter der Tat; international im Sinne und in der Idee zum Wohle des ganzen Menschengeschlechts! Demen wir treu bleiben für und für, als das höhere, jähonere und erhabeneres Ziel!

Die neue Kriegskreditvorlage

ist vom Reichstag der Budgetkommission überwiesen worden. Auch die sozialdemokratische Fraktion hat für die Überweisung gestimmt. In der Vorlage selbst hat die Fraktion noch keine Stellung genommen. In Hinblick auf die Haltung unserer Feinde ist es uns ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre bisherige Stellungnahme ändert. De „Chemnitzer Volksstimme“ bemerkt dazu:

„Wohl sagt man sich immer wieder, daß der Kampf bis zum Weißbluten ein Wahnsinn und ein ideelles Verbrechen an der Menschheit wäre. Und doch müssen wir fürchten, daß die Feinde sich und uns auch das nicht ersparen werden. England ist seit 200 Jahren niemals besiegt worden. Seine ganze Weltmacht und seine ganze Herrschaft über die Meeresstaaten beruht auf diesem Grund der Unüberwindlichkeit. Es will sein Prestige um jeden Preis aufrechterhalten, weil es sonst alles verloren glaubt, und macht ungeheuerliche Anstrengungen, doch noch Deutschland Herr zu werden. Es hat Franzosen, Russen und Italiener an sich gebunden, so daß sie gar nicht loskommen können. Das englische Volk in seinem stolzen Selbstbewußtsein kann den Gedanken an die Möglichkeit einer Niederlage gar nicht aufnehmen. Es sieht in seiner Geschichte so viele Kriege, die ebenso verlor, begann und gleichwohl noch mit einem Triumph beendet wurden, daß es auch diesmal wieder daran glaubt; es verkennt dabei ganz die Unterschiede zwischen dem heutigen Deutschland und seinen früheren Gegnern. Man hat England oft mit einer Bulldogge verglichen. Der Vergleich ist nicht schmeichelt, aber zutreffend. Wie dieses Tier gereizt dem Feinde an den Hals springt und ihn nicht losläßt, mag auch inzwischen sein Körper von Stichen und Schüssen durchbohrt werden, wie es ihn noch mit der letzten Kraft zu droffeln sucht, so führt England diesen Krieg weiter. Es hat sich ganz dem Rausche des Schenkebrandchen Wortes hingelassen: Es geht ums Ganze. Frankreich hat schon jetzt soviel Menschen verloren, wie es in sechs bis sieben Jahren an Kindern erzeuge. (Die Berechnung stammt aus dem englischen „New States“.) Es hat seine ganze Existenz auf die eine Karte gesetzt. Es hat sich ganz dem Elch-Lothringens gewidmet und wartet wie ein verzauberter Spieler auch noch auf...

letzte für den Wahn, das Glück könnte doch noch zu seinen Gunsten umschlagen. Italien ist von England gelockt und bezahlt, und alle Verbündete des mächtigen Inselreichs lassen sich von einem Tag zum andern durch den Siegesglauben der Briten hypnotisieren.

Aus dieser Stimmung, aus diesem Gemisch von Liebermut, Schuls und Trug, wie es der Reichskanzler genannt hat, kann der Friede nicht erwachsen. Jeder Zwischenfall in Deutschland wird diese schon fast nicht mehr gesunde Gemütsbeschaffenheit, diese Pubertät, die sich gewalttätig den Tatsachen verschließt, neu beleben und damit den Krieg immer weiter verlängern. Die vielen Erörterungen über die Ernährungsfrage, so notwendig sie waren, haben schon diese Wirkung gehabt. Würde jetzt die deutsche Sozialdemokratie beginnen, die Kriegskredite zu verweigern, so würde sie damit den Krieg um Monate verlängern und Tausende von deutschen Proletariaten auf ihr Gewissen laden. Es wäre ein Unglück, das gar nicht auszubedenken ist, tausendmal schlimmer, als wenn sie nie einen Pfennig Kriegskredite bewilligt hätte. Alle Fehlschläge, die etwa eintreten könnten, hätte sie zu verantworten, an allen Erfolgen würde man ihr einen Anteil nicht mehr geben.

Wir fragen jeden vernünftigen denkenden Arbeiter, wo bei den Proletariaten der andern Länder, wo überhaupt im Machtbereich unserer Feinde ein ernstes und stilles Friedenswillen zu erkennen vermag. Die Krieger werden überall ein Ende des Nordens herbeisehnen, die Völker werden überall den Frieden lebhaft herbeiwünschen. Aber politisch kommt das bei unseren Feinden noch nirgends wirksam zur Geltung. Wir hoffen, daß der Verlauf der Ereignisse das vielleicht schon in wenigen Tagen oder Wochen ändert. Heute aber müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen, wie sie liegen, heute können wir darauf hinweisen, daß selbst der „Fogaco“ gesteht: „Das einzige, wofür die Mittelmächte noch kämpfen, ist der Friede“, und heute müssen wir trotzdem gestehen, daß unsere Feinde noch immer auf Deutschlands Vernichtung ausgehen. Unter diesen Umständen bleibt gar nichts anderes übrig, als weiter auszuhalten und weiter genau in der bisherigen Art an die Barmut der andern Völker zu appellieren, die endlich doch einmal erwachen muß.“

Wir stimmen dieser Auffassung durchaus zu.

Die Fraktion bewilligt die Kredite.

Der „Vorwärts“ teilt mit: Die sozialdemokratische Fraktion möchte sich gestern über ihre Haltung zu den angeforderten 10 Milliarden schlüssig. Für die Kreditvorlage stimmten von den Fraktionsmitgliedern 58, dagegen 38. Von 10 Fraktionsmitgliedern, die durch Krankheit an der Sitzung teil zu nehmen verhindert waren oder vor der Abstimmung sich entziehen mußten, waren proklamatorische Erklärungen abgegeben. Von diesen erklärten sich 7 Abgeordnete für, 3 gegen die Bewilligung, jedoch insgesamt 65 Fraktionsmitglieder für, 41 gegen die Bewilligung einzutreten.

Sozialpolitik und Heeresfragen vor der Haushaltskommission des Reichstags.

(Sitzung vom 14. Dezember.)

Die Kommission hatte beschlossen, alle Anträge, die auf eine Erleichterung der Ausgaben hinauslaufen, zusammen zu beraten. Deshalb wurden mit den sozialpolitischen Anträgen auch jene Anträge beraten, die auf eine bessere Versorgung der Soldaten hinauslaufen.

Abg. Stücken (Soz.) weist darauf hin, daß sich der sozialdemokratische Antrag, der 80 Pf. Löhning für Soldaten im Feindland und 50 Pf. Löhning für Soldaten im Innern Deutschlands verlangt, offensichtlich von dem Antrag des Zentrums nicht unterscheidet, dagegen die Forderungen mit aller Bestimmtheit aufstellt, während der Zentrumsantrag der Regierung immer die Möglichkeit läßt, einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Ueber die Kosten des Antrags sind sich die Sozialdemokraten völlig klar; sie sind aber der Auffassung, daß nicht etwa bei den Soldaten gespart werden darf. Zu einem erheblichen Teil können diese Mittel gewonnen werden durch eine gründliche Reform der Kriegsbefehlsordnung. Der Antrag sei nicht gestellt, wie der Schatzsekretär vermutet, damit die Soldaten ihren Angehörigen Geld schicken können, der Antrag hat seine Ursache vielmehr darin, daß die Soldaten nicht mehr in der Lage sind, mit ihrer Löhning ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Vielfach haben Kriegserfrauen ihren Männern Geld ins Feld geschickt, und manche Kriegserfrau hat sich die paar Groschen formlos abgeholt, die nötig waren, um für den Mann einige Kleinigkeiten kaufen zu können. Alles, was sich der Soldat in der Heimat kaufen muß, ist um 100-200 Prozent teurer geworden; demgegenüber ist eine Erhöhung der Löhning um 30 Prozent nur ein schwacher Ausgleich. Die Truppen klagen vielfach über die Ernährung. Sie haben das Bedürfnis und sind nicht selten gezwungen, sich nach Nahrungsmitteln umzusehen. Das allein rechtfertigt die Erhöhung der Löhning. Oftmals werden die Soldaten auch dadurch geschädigt, daß die Kantinen an Unternehmern verpachtet sind. Die Reform der Kriegsbefehlsordnung ist nur eine halbe Maßregel. Redner kündigt an, daß seine Partei einen umfassenden Antrag nach der Richtung hin stellen wird. Die deutschen Soldaten sind nicht im Feld, um Geld zu verdienen; man wird das auch den Offizieren nicht unterstellen dürfen und deshalb ist es notwendig, daß die Gehälter der Offiziere eine gründliche Reorganisation erfahren. Die Regierung hat dem Beschluß des Reichstags, das Befähigungsgeld der Mannschaft auf 1,20 M. pro Tag zu erhöhen, keine Folge geleistet, und gerade darin liegt die Ursache, daß jetzt Klagen in großer Menge kommen. Durch Annahme der sozialdemokratischen Anträge könne diesem Mißstand gesteuert werden.

Abg. Gröber (Zentr.) bespricht zunächst die Frage der Familienunterstützung. Das Zentrum wollte die Erhöhung der Unterstützung an eine Einkommensgrenze von 2000 Mark, die der Mann im Frieden hatte, binden. Auch dieser Redner weist darauf hin, daß die Aufbesserung der Soldatenlöhning eine dringende Notwendigkeit ist. Die Beamtenämter, die als Militärbeamte tätig sind, führen bei hohem Einkommen ein sehr angenehmes Leben. Das müsse bedauernd wirken.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß er bei Annahme dieser Anträge die Verantwortung nicht übernehmen könne. Für eine Verbesserung in der Mannschaftsverpflegung sei hinlänglich gesorgt. Man habe die Absicht, einen neuen Fonds zur Verfügung zu stellen, aus dem Häuten ausgeglichen werden können. Auch die Anträge zur Familienunterstützung seien von so hoher finanzieller Bedeutung, daß er sich darauf nicht einlassen könne. Er bittet, keine bindenden Verpflichtungen zu beauftragen.

General v. Owen erklärt, die Verpflegung sei ausreichend geregelt; auch die Rente werde vollständig aus.

Abg. Bauer (Soz.) bekämpft die vom Zentrum beantragte Einkommensgrenze von 2000 Mark. Auch die Voraussetzung

der Bedürftigkeit darf nicht festgehalten werden. Die Unterstützung soll nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen. Die Beschlüsse einer Bürgermeisterversammlung, die jüngst in Berlin tagte, könne nicht maßgebend sein. Diese Kommission habe überdies nur die Lieferung von Kohlen und Kartoffeln abgelehnt. Die Gemeinden müßten gezwungen werden, zur Staatsunterstützung einen Beitrag von mindestens 50 Proz. zu leisten. Es sei nicht zu verstehen, weshalb sich die Regierung gegen die Einrichtung einer Besondereinstanz wende. Zu den Verwaltungsbehörden als Aufsichtsgänge habe die Masse des Volkes wenig Vertrauen.

Abg. Werner (Antisemit) tritt für eine Erhöhung der Unterstützung ein und betont, daß die Kreisbehörden in Hessen die Unterstützung vielfach aus den wichtigsten Gründen ablehnen.

Abg. Liesching (Fortw. Volksp.): Die Heeresverwaltung habe die Aufgabe, Sparsamkeit zu üben. Diese Sparsamkeit müsse auch auf die Kriegsbefehlsordnung ausgedehnt werden. Bei der Familienunterstützung muß das Besondere der Kriegszeit eine besondere Instanz zugestanden werden. In Oesterreich sei die Unterstützung weit besser geregelt; dort achte alles der Staat. Die vom Zentrum verlangte 2000 Mark-Grenze sei ungerecht und deshalb unannehmbar.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß man die österreichischen Verhältnisse nicht auf Deutschland übertragen könne. Man wolle dem Reich eine neue Last von 50 Millionen Mark auferlegen, die nicht getragen werden könne.

Abg. Koch (Soz.) erklärt an, daß die erlassenen Verfügungen sehr wohlwollend gedacht, in der Praxis aber nicht brauchbar waren. Gerade aus Kleinbäuerlichen und Kleinbürgerlichen Kreisen kommen die meisten Klagen. Wenn die, die entgegengesetzt sind, erhalten das volle Gehalt und dabei handelte es sich oft um reich Leute. Das mache eben die Schablone. Redner verlangt, daß an die burlaubenden Soldaten für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgelder gezahlt werden sollen. Die Verpflegung im Felde sei in sehr vielen Fällen nicht genügend.

Kriegsminister v. Mambel erklärt die Stimmung der Truppen als ausgezeichnet. Die Verpflegung sei völlig ausreichend. Eine Erhöhung der Löhning wäre absolut unnötig, die Kriegslöhning reiche vielmehr vollständig aus. Unzufriedene gebe es oben überall, also auch in der Kaiserrie. Es sei vielmehr besser, wenn man die Familie höher unterstütze. Das Kriegsministerium habe bereits eine Verordnung fertiggestellt, durch welche den Urlaubern das Befähigungsgeld für die Zeit ihres Urlaubs bereits beim Antritt der Urlaubsreise bezahlt wird. Wenn bei der Ausbildung der Truppen Leute dienstunfähig werden, ohne daß eine Dienstbeschädigung vorliegt, dann ist jetzt schon die Möglichkeit geboten, unterstützend einzugreifen. Die Erhöhung des Verpflegungsgeldes auf 1,20 Mark pro Tag wäre zum Teil hinausgeworfenes Geld.

General v. Owen erklärt, daß zu dem Verpflegungsgeld von 60 Pf. Zuschüsse gegeben werden. Wo die Verpflegung der Mannschaft in eigener Regie erfolgt, sind sogar Lebensschüsse erzielt worden.

Abg. v. Gasser (Natl.) schildert die Erfahrungen, die er als Kommandeur eines Ersatz-Bataillons gemacht habe. Die Verpflegung sei gut, vielfach seien allerdings die Geschmäcker verschieden. Dem Rechnung zu tragen, sei nicht möglich. Mit Erhöhung der Mannschaftslöhning erweide man gar nichts.

Abg. Stadthagen (Soz.) bespricht die Familienunterstützung. Das Gesetz gebe jetzt keine Handhabe, die Gemeinden zu zwingen, Unterstützung zu leisten. Der Begriff der Bedürftigkeit müsse aus dem Gesetz heraus. Die Summen, die für eine Verbesserung erforderlich sind, dürften nicht schaden. Je älter die Eingezogenen sind, um so höher wird die Zahl derer, die auf Unterstützung Anspruch erheben können. Redner schlägt vor, daß man einer Kleinrentnerin, die Unterstützung forderte, den Rat gegeben habe, ihre beiden Röhre zu schlachten; als bedürftig im Sinne des Gesetzes wolle man sie nicht ansehen. Eine Besondereinstanz ist nötig, denn nur dann, wenn diese Instanz entscheiden darf, ist auch eine Zwangsstaatsführung bei der Gemeinde möglich.

Abg. Roland-Liße (Natl.) rechtfertigt die ablehnende Haltung des Schatzsekretärs. Die Finanzen des Reiches müssen gespart werden. Die Aufbesserung der Löhning würde allein 900 Millionen im Jahre kosten.

Abg. Neumann-Doser (Fortw.) bespricht den Unterschied zwischen der Mannschafts- und der Offiziersverpflegung. Er meint, es wäre vielleicht besser, die Kriegsbefehlsordnung anzugreifen und einfach die Friedensgehälter zu bezahlen. Das Prinzip sei völlig falsch, dem Offizier im Felde mehr zu geben als dem im Frieden. Die Verpflegung der Mannschaften sei gut.

Abg. Graf Westarp (fons.) macht den Vorschlag, alle Anträge als Material zu überreichen.

Abg. Giesberts (Zentr.) tritt für allgemeine Selbstbewirtschaftung bei den Truppen ein. Die Verwalter der Lebensmittellager müssen in die Möglichkeit versetzt werden, mehr Brot zu geben, wenn solches verlangt wird.

Abg. Bauer (Soz.): Ein Einkommen von 2000 Mark ist für ländliche Verhältnisse ziemlich hoch, in den Städten liegen die Dinge aber anders. Es geht in unser Reichstagsgebiet nicht hinein, daß man einen Rechtsanspruch schafft, aber eine Besondereinstanz verweigert. In einem Falle ist einer schwangeren Frau vom Kommandant die Unterstützung verweigert worden mit dem Hinweis darauf, daß sie arbeiten solle. Bei der Behandlung der Verwundeten ist zu bedenken, daß man Leute, deren Wiederherstellung ausgeschlossen ist, nicht aus dem Heeresverband entläßt. Es müßte direkt verboten werden, daß bei der Verpflegung der Mannschaften Sparmaßnahmen gemacht werden. Die Fälle sind sehr häufig, daß Mannschaften, die im Felde ihre Gesundheit einbüßen, nichts erhalten, weil kein Dienstbeschädigung vorliegt. Nach dieser Richtung hin muß das Gesetz geändert werden. Der Begriff „Dienstbeschädigung“ wird vielfach viel zu eng ausgelegt. Auch der Unterschied zwischen Dienstbeschädigung und Kriegsdienstbeschädigung müßte in Wegfall kommen. Dringend nötig ist, daß man auch den unehelichen Kindern den Anspruch auf Rente ausstreckt.

Abg. Goethein: Die Klagen des Vorredners sind berechtigt. Der Zustand ist unhaltbar, daß eine einzige Instanz darüber entscheidet, ob die Wehrunterstützung bezahlt werden soll oder nicht. Gegen einen abweisenden Bescheid ist so gut wie nichts zu machen. Das widerspricht dem Rechtsempfinden des Volkes, deshalb muß eine Besondereinstanz geschaffen werden, die sachverständig entscheiden kann. Um besten wäre es, schon bei Stellung des Antrags eine Kommission entscheiden zu lassen, in der alle an Ort vorhandenen Parteien vertreten sind. Mindestens aber müßte für jeden Regierungsbezirk eine Beratungsinstanz eingerichtet werden.

Abg. Erzberger ist fest, daß die Mehrausgaben für die beantragte Erhöhung der Mannschaftslöhning pro Monat 45 Millionen Mark in Anspruch nehmen würde. Die Anträge der Konservativen auf Zuschüsse zur Beschaffung billiger Lebensmittel würden dagegen einige Hundert Millionen Mark erfordern, deshalb sind die Einkünfte, die gegen die Erhöhung der Mannschaftslöhning gemacht werden, durchaus nicht überschüssig.

Die Diskussion wendet sich dann wieder den sozialpolitischen Anträgen zu.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung der Wochenlöhne und die Ausdehnung des Kreises der Berechtigten. Redner zeigt, welche

Schwierigkeiten sich gerade auf diesem Gebiet ergeben haben. In Zweifelsfällen beweist man die Interessen immer an die Krankenanstalten, die aber nur dann eine Bezahlung leisten können, wenn sie die Gewähr für den Erfolg haben.

Schließlich wurden alle Anträge, die zur Familienunterstützung gestellt sind, einer Unterkommission von sieben Mitgliedern überwiesen. — Es wurde dann ein von allen Parteien gestellter Antrag auf Verzögerung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente beraten.

Ministerialdirektor Caspar stützt sich auf die in der Denkschrift angegebenen ablehnenden Gründe und erklärt, der Bundesrat dürfe einer solchen Forderung des Gesetzes kaum zustimmen. — Dieser Ansicht schloß sich auch Staatssekretär Helfferich an.

Die Annahme des Antrags in der Kommission ist gesichert.

Verhandlungen der Budgetkommission der 2. Kammer.

18. Sitzung.

Voranschlag des Budgetwerks.

Ein Mitglied der Kommission meint, infolge der zunehmenden Verdrängung der Erdbeleuchtung durch das elektrische Licht werde sich, früher als ursprünglich bedacht, die Notwendigkeit der Erweiterung des Budgetwerks ergeben. Der Herr Minister des Innern führte aus, daß infolge des Krieges der erste Ausbau des Budgetwerks voranschleibe, statt wie man gehofft habe, im Jahre 1916, erst 1917 werde vollendet werden können. Da nach den neueren Berechnungen eine viel größere Kraftmenge gewonnen werden könne, als man zuerst angenommen habe, nämlich 40 Millionen Kilowattstunden gegenüber der ursprünglichen Annahme von 26 Millionen Kilowattstunden, werde einem größeren Bedürfnis genügt werden können, auch wenn zunächst nur der erste Ausbau stattfindet. Der Herr Minister glaubt aber gleichfalls, daß der zweite Ausbau dem ersten bald zu folgen haben werde.

Auf Anfrage eines Mitgliedes erklärte ein anderer Regierungsbereiter: Die Forderung des ursprünglichen Entwurfs sei notwendig geworden, weil sich nach den neueren Berechnungen die ausnutzbare Wassermenge der Ruhr höher herausgestellt habe, als bei der ersten Ausarbeitung des Entwurfs angenommen worden sei. Diese Veränderungen hätten zwar Berechnungen verursacht, aber die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nicht nachteilig beeinflusst. Vielmehr würden sich hierdurch die Erzeugungskosten eher vermindern, als vermehren. Nach den neuerlichen Berechnungen werde das Budgetwerk bei einem Abschluß von 32 Millionen Kilowattstunden in der Lage sein, die Erzeugungskosten einschließlich der Verzinsung und den gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für den Erneuerungsfonds und den Reservefonds zu decken, während die mittlere Kraftleistung 40 Millionen Kilowattstunden betrage. Allerdings werde man in den ersten beiden Jahren nach der Errichtung des Budgetwerks wohl nicht auf einen Abzug von 32 Millionen Kilowattstunden rechnen dürfen, aber dieser Zeitpunkt werde voraussichtlich recht bald eintreten. Die Voraussetzungen seien zum Teil auch dadurch verursacht, daß jetzt schon eine Reihe von Herstellungen ausgeführt würden, die erst mit Rücksicht auf den zweiten Ausbau notwendig seien, weil ihre Vornahme jetzt billiger zu stehen komme, als wenn man sie auf den zweiten Ausbau verlege.

Ein Mitglied gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zu erwartende günstige Entwicklung des Budgetwerks es ermöglichen werde, die elektrische Kraft billiger abzugeben, als zu dem in Aussicht genommenen Preise von 4 Pfennig. Dann würden auch die Stimmen derjenigen verstummen, welche die Budgetvorlage mit der Begründung bekämpften, daß die Erzeugung der Kraft auf dem Wege über die Wasserbilliger sei, als die Erzeugung auf dem Wege über das Kohle. Ein Regierungsbereiter bemerkt hierzu, es sei nicht anzunehmen, daß die Dampfpreiserhöhung unseres Landes, wenn sie für Lebensbedürfnisse arbeiten, elektrischen Strom billiger liefern könnten, als das Budgetwerk. Ein anderer Regierungsbereiter betont, man dürfe den Wert des Budgetwerks nicht darin erblicken, daß es in der Lage sei, verhältnismäßig billige Kraft zu liefern und auf den Elektrizitätsmarkt in präsumierbarer Richtung einzuwirken; das Budgetwerk habe vielmehr die weitere Aufgabe, überhaupt die Versorgung mit Elektrizität in möglichst wirtschaftlicher Weise zu leisten. Das gelänge dadurch, daß man versuche, mit den bereits bestehenden Unternehmungen zusammenzuarbeiten.

Der Voranschlag des Budgetwerks wird angenommen.

Finanzgesetz.

Bei der Beratung des Finanzgesetzes nimmt der Berichterstatter Bezug auf die ausführlichen Erklärungen, die der Herr Finanzminister in seinem Vortrag bei der Vorlage des Staatsvoranschlags gegeben hat, und verweist insbesondere darauf, daß der Staatsvoranschlag für die Jahre 1916 und 1917 mit einem Nettobetrag von 17 472 666 Mark abschließt.

Eine längere Aussprache knüpft sich an die von der Regierung zur teilweisen Deduktion dieses Nettobetrages vorgeschlagene

Erhöhung der Einkommensteuer

um 20 v. H. bei den Einkommen von 1600 Mark und darüber. Von den Mitgliedern wird einmütig anerkannt, daß die Deduktion des Nettobetrages nicht bis nach dem Jahre verschoben werden dürfe, sondern daß für sie schon jetzt wenigstens teilweise gesorgt werden müsse. Ebenso sind die Mitglieder mit der Regierung darin einig, daß die Deduktion des Nettobetrages auf dem Wege der Einkommensteuererhöhung zu geschehen habe, da eine Erhöhung der Vermögenssteuer gegenwärtig nicht ratsam sei. Dagegen sind die Vertreter aller Parteien der Ansicht, daß im Hinblick auf die eingetretene Leerung abweichend von dem Vorschlag der Regierung nicht nur Einkommen bis zu 1600 Mark von der Erhöhung freigestellt werden sollten, daß vielmehr die Freigrenze wesentlich erhöht werden müsse; von der Mehrheit der Mitglieder wird die Erhöhung der Freigrenze bis auf 2400 M. befürwortet. Ferner wird von mehreren Seiten an Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen gleichmäßigen Erhöhung der Einkommensteuer um 20 v. H. eine Staffelung der Erhöhung von 10 bis 30 v. H. beantragt.

Der Herr Finanzminister führt aus, daß man wahrscheinlich mit einem noch größeren Nettobetrag zu rechnen habe als im Staatsvoranschlag angenommen sei. Der Voranschlag sei unter der nicht mehr zutreffenden Annahme aufgestellt, daß der Krieg am 1. Januar 1916 zu Ende sei. Jeder Tag, den der Krieg weiter dauere, werde den Nettobetrag erhöhen. Es dürfe deshalb auch nicht erwartet werden, daß alle Steuern, insbesondere die indirekten, die in den Voranschlag eingestellten Erträge tatsächlich bringen werden. Die Regierung habe erwogen, ob die ganze oder nur eine teilweise Deduktion des Nettobetrages anzutreten sei. Von einer vollen Deduktion habe man abgesehen, weil man sonst genötigt gewesen wäre, die Einkommensteuer um mindestens 45 v. H. ohne jede Ausnahme zu erhöhen. Eine so hohe Mittelbelastung der Steuerpflichtigen wollte man aber jetzt während des Krieges, mit Rücksicht auf die sonstigen Opfer, die der Krieg fordere, vermeiden. Die Regierung beschleibe sich nicht, daß sie mit der hier teilweise Deduktion des Nettobetrages eine schwere Verantwortung übernehme und daß man unter Umständen eine große Last in die Zukunft hinterlasse. Eine Erhöhung der Vermögenssteuer sei nicht in Be-

tracht gezogen worden, weil die Vermögenssteuer in Baden sehr schon wesentlich höher sei als in anderen Bundesstaaten; auch würden durch die Erhöhung der Vermögenssteuer sämtliche Vermögenswerte ohne Rücksicht auf ihre durch den Krieg sehr verminderte Ertragsfähigkeit gleichmäßig betroffen werden, wodurch sich Härten ergäben und insbesondere die Hausbesitzer noch mehr belastet würden. Die Einkommensteuer, in der die eigentliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen am besten zum Ausdruck komme, sei die einzige Steuer, die eine Steigerung während des Krieges leichter ertragen könne. Bei der Festsetzung der Freigrenze sei die Regierung von der Erwägung ausgegangen, daß es sich bei der Steuererhöhung um ein Kriegsopter handele, das man dem Vaterlande in diesen schweren Zeiten bringe, und daß es Ehrensache eines jeden Einzelnen sei, sich an diesem Opfer zu beteiligen. Deshalb habe man nur die 5 untersten Steuerstufen von der Steuererhöhung ausnehmen wollen. Wenn aber allgemein die Ueberzeugung bestehe, daß man die Grenze erhöhen müsse, so könne sich die Regierung allenfalls mit ihrer Erhöhung auf 2000 Mark einverstanden erklären. In diesem Fall ergebe sich gegenüber dem von der Regierung berechneten Mehrertrag für die beiden Jahre 1916 und 1917 ein Ausfall von rund einer halben Million Mark. Dieser Ausfall sei schon unerwünscht, ein höherer Ausfall könne aber ohne entsprechenden Ersatz nicht hingenommen werden. Der Herr Minister spricht sich sodann gegen eine Staffelung bei der Erhöhung der Einkommensteuer aus. Das Einkommensteuergesetz habe bereits eine außerordentlich sorgfältig ausgearbeitete Staffelung, die von 0,6 v. H. bis zu 6 v. H. steige. Diese Steigerung wolle so allmählich an, daß es beim Uebergang von einer Steuerstufe zur anderen keine Härten gäbe. Die Einführung der vorgeschlagenen Staffelung widerspreche überdies dem Grundgedanken des Einkommensteuergesetzes. Im Einkommensteuergesetz sei ein Normaltarif festgesetzt worden, dessen Höhe nach den Bedürfnissen des Staatshaushalts erhöht oder erniedrigt werden könne. Nach der in der Gesetzesbegründung ausdrücklich ausgesprochenen Absicht soll im Finanzgesetz jeweils festgesetzt werden, wieviel Hundertteile der Höhe des Tarifs — und zwar einheitlich für alle Fälle des selben — zu erheben sind, also z. B. 100 oder 90 oder 110 v. H. Man habe durch diese Regelung vermeiden wollen, daß bei jeder in einem Staatsbudgetanschlag notwendig werdenden Erhöhung oder Ermäßigung der Einkommensteuer immer wieder aufs neue der Kampf um den Steuerertrag entbrenne.

Nachdem von verschiedenen Seiten demgegenüber betont worden war, daß besondere Verhältnisse auch besondere Maßnahmen erforderten, macht ein Mitglied den Vermittlungsvorschlag, die Einkommen bis zu 2400 M. von der Erhöhung freizustellen und als Ersatz für den dadurch entstehenden Ausfall bei den Einkommen von 10 000 M. an den Zuschlag von 20 auf 25 v. H. zu erhöhen.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.W. Großes Hauptquartier, 15. Dez. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front hat sich nichts von besonderer Wichtigkeit ereignet.

Ein am 12. Dezember auf der Höhe von La Panne auf Grund geratener englischer Dampfer wurde gefahren von unseren Fliegern mit beobachtetem Erfolg angegriffen. Der Feind, der mehrere Flugzeuggeschwader gegen Bapaume, Veronne, nach Lothringen und auf Müllheim (Baden) angelegt hatte, büßte im Luftkampf, oder durch Feuer unserer Abwehrgeschäfte vier Flugzeuge, darunter ein Großflugzeug mit zwei Motoren, ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Plelje ist der Feind über die Tara und weiter östlich über die Linie Grab-Prodorebo zurückgeworfen. Mehrere hundert Mann wurden gefangen genommen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 15. Dez. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht, 15. Dezember, mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die von Plelje aus vordringenden österreichisch-ungarischen Streitkräfte des Generals Kowech haben gestern auch die montenegrinischen Stellungen südlich der Brana-Gra in ganzer Breite genommen. Eine Kolonne drang in der Besetzung dicht an die Tara-Schlucht vor und zersprengte bei Glibaci ein feindliches Bataillon. Andere Truppen kamen bis Grab. Auf den Höhen unmittelbar östlich von Berane stehen nebst unseren Abteilungen auch Molins und Albaner gegen die Montenegriner im Kampf.

Die Zahl der gestern eingebrachten Gefangenen: 340 Soldaten und 150 Wehrpflichtige.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Sifer, Feldmarschalleutnant.

Der Kampf zur See.

Die Beute der U-Boote im Mittelmeer.

Seit Beginn des Salonik-Unternehmens wurden von U-Booten der Mittelmächte im Mittelmeer 34 feindliche Truppen- und Kriegsmaterial-Transportdampfer mit zusammen 147 483 Tonnen versenkt.

Außer den Dampfern mit Truppen und Kriegsmaterial für die Salonik-Expedition wurden im Oktober und November noch 24 andere Schiffe im Mittelmeer von U-Booten der Mittelmächte versenkt.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Bulgarien am Ziel.

Sofia, 15. Dez. (W.W. Nicht amtlich.) Der Arbeitsminister Petkov hat einen Vertreter des Blattes „Miro“ erklärt: Unser Ziel ist erreicht, Mazedonien ist befreit und kein feindlicher, englischer oder französischer Soldat befindet sich mehr dort. Ob unsere Armee die Engländer und Franzosen auf griechisches Gebiet verfolgen wird? Wir meinen, daß wir auf griechischem Gebiet nichts zu suchen haben. Selbstverständlich können wir uns nicht sicher fühlen, solange in der Nähe der Grenze der Feind lauert. Darum stehen wir auf dem Standpunkte, die Engländer und Franzosen müssen Griechenland verlassen, ob in Güte oder mit Gewalt, darüber werden die verbündeten Mittelmächte beschließen. Möglich ist es, daß ihre Truppen den Befehl erhalten, die Engländer und Franzosen mit oder ohne Einwilligung Griechenlands vom griechischen Gebiet zu vertreiben. Möglich ist es auch ferner, daß wir gemäß dem Vertrag mit den Verbündeten eingeladen werden, an der Vertreibung mitzuwirken. Ich finde keine Ursache, warum Griechenland die Entente zu fürchten hätte. Die englischen und französischen Truppen landeten in Griechenland, um Serbien zu helfen. Jedes Weiterverdrängen in Griechenland ist zwecklos. Griechenland kann mit vollem Recht verlangen, daß sie sein Gebiet verlassen.

Ueber Rumänien erklärte Petkov: Mit Rumänien sind die Beziehungen gut. Es ist unwahr, daß wir uns bereit mit den verbündeten Truppen an der rumänischen Grenze sammeln, um Rumänien anzugreifen. Unsere Schritte sind Vorsichtsmassregeln gegen einen etwaigen russischen Einfall. Wir und unsere Verbündeten haben keine aggressiven Absichten gegen Rumänien. Wir wollen ein freundschaftliches Einvernehmen mit Rumänien. Ich glaube, daß Rumänien zur Einsicht kommt und daß seine Interessen ihm den Anschluß an die Mittelmächte gebieten, wir uns mit Rumänien verständigen können.

Der Minister schloß: Nach dem großartigen Siege unserer Armee, die die Besetzung von Mazedonien kränzte, ist die Lage Bulgariens gelichtet. Unsere großen Verbündeten haben so großes Interesse auf dem Balkan, daß sie keine wertvolle Hilfe ablehnen würden, falls dies notwendig sein würde, um gemeinsam das bulgarische Land zu verteidigen.

Unser Bund mit Österreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei stellt eine der größten und stärksten Mächtegruppen dar. Darum können wir ruhig in die Zukunft sehen. Bis zum Friedensschluß bleibt unsere Armee unter den Waffen. Die Regierung wird den Kriegern Gelegenheiten geben, ihre Kräfte aufzufrischen und neue Kräfte zu sammeln.

Die Sitzung wird hier unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen (nachmittags 1/2 Uhr) gibt der stellvertretende Vorsitzende bekannt, sämtliche Mitglieder der Kommission hätten sich auf den eben erwähnten Vorschlag geeinigt. Hierauf erklärt der Herr Finanzminister, nach den inzwischen vorgenommenen Berechnungen werde das finanzielle Ergebnis dieses Vorschlags ungefähr dasselbe sein, wie dasjenige der Regierungsvorlage. Die Regierung könne sich allerdings den Bedenken nicht verschließen, daß der Vorschlag einer über die Regierungsvorlage noch hinausgehende Abweichung von der Absicht des Gesetzes darstelle, welches nur eine alle Steuerstufen umfassende, gleichmäßige Festsetzung der von Normalhöhe zu erhebenden Hundertteile vorsehe. Die Pflichtigen mit einem Einkommen von 2000 bis 2400 M. bildeten einen sehr erheblichen Teil der Steuerpflichtigen und es sei sehr zu überlegen, ob es richtig erseheine, diesen großen Volksteil von den für die Allgemeinheit zu bringenden Opfern auszunehmen. Nach inzwischen eingeholter Zustimmung des Staatsministeriums sei er aber vorbehaltlich der Allerhöchsten Genehmigung erwidrigt, über diese Bedenken hinwegzugehen und dem Vorschlage zuzustimmen.

Ein Mitglied betont, die durch den Krieg geänderten Verhältnisse rechtfertigten auch eine Abweichung von den sonst bestohlenen Steuergrundrissen; die Befreiung der kleinen Einkommen empfinden jurist. auch die kleinste Erleichterung in erhöhtem Maße, während die zur Erzielung des gleichen Steuerertrags erforderliche Mehrbelastung der größeren Einkommen von letzteren leicht getragen würde.

Der Kommissionsvortrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Zu Artikel 8 gibt der Herr Finanzminister bekannt, daß bezügl. Darlehen aus der Amortisationskasse im letzten Haushaltszeitraum zugunsten einer größeren Anzahl gemeinnütziger Baugenossenschaften gegeben worden seien und zwar im Gesamtbetrag von nahezu 800 000 M. Ein Mitglied bittet, auch der gemeinnützigen Baugenossenschaft Offenburg auf Ansuchen ein entsprechendes Darlehen zu gewähren.

Der Bericht über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für die Jahre 1916 und 1917 wird mit der erwähnten Aenderung der Steuerhöhe der Einkommensteuer und mit dem Vorbehalt etwaiger Aenderungen wegen einer noch ausstehenden endgültigen Beschlußfassung über eine Anforderung im außerordentlichen Etat des Ministeriums des Kultus und Unterrichts einstimmig angenommen.

Ein Mitglied kommt auf die Aeußerung des Herrn Finanzministers in seinem Budgetvortrag zurück, wonach der Krieg gezeigt habe, daß man die Geschäfte der Staatsverwaltung auch mit einer geringeren Zahl von Beamten zur Zufriedenheit erledigen könne, und warnt entschieden davor, mit der Verwertung der Kriegserfahrungen in dieser Richtung zu weit zu gehen. Man dürfe nicht übersehen, daß die große Mehrzahl der Beamten bei dem herrschenden Personalmangel in einer Weise ausgenutzt werde, wie es sich nur durch die ganz außerordentlichen Verhältnisse rechtfertigen lasse. Zudem seien die Dienstgeschäfte nicht in dem sonst üblichen Umfange fortgeführt worden; man habe nichtdringliche Arbeiten allenthalben liegen lassen. Der Herr Finanzminister stimmt diesen Ausführungen im allgemeinen zu; daß die Beamten in verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung durch den Krieg, auch mit zum Teil neuen Aufgaben, sehr stark in Anspruch genommen seien, müsse zugegeben werden. Er sei weit entfernt, eine unbillige Ausnutzung der Beamtenkräfte zu verlangen, er habe bei seiner Aeußerung lediglich an eine Vereinfachung in einzelnen Verwaltungen durch Aufhebung entbehrlicher Stellen und, gedacht, die sich vielleicht nach dem Kriege verwirklichen lassen werde. Er habe übrigens nur gesagt, daß die Angelegenheit geprüft werden müsse und er halte es für eine unabweisbare Pflicht der Regierung, bei der gegenwärtigen Lage ernstlich zu prüfen, inwieweit eine Minderung des persönlichen Aufwands nach den Erfahrungen des Krieges möglich sei. Ein Mitglied stellt mit Genugtuung fest, daß die heutigen Ausführungen des Herrn Finanzministers geeignet seien, die durch seine früheren Bemerkungen in weiten Kreisen der Beamenschaft hervorgerufene Beunruhigung wieder zu beseitigen. Andere Mitglieder betonen, man dürfe nach keiner Richtung zu weit gehen; die Regierung werde jedenfalls nach dem Kriege eingehend prüfen müssen, wo sich im Staatsbetrieb sparen lasse; daß es solche Stellen gebe, bei denen dies möglich sei, könne nicht bestritten werden. Man dürfe aber, wenn die Regierung seinerzeit mit geeigneten Vorschlägen an die Landstände herantrete, ihr nicht wieder in die Arme fallen.

Aus der Partei.

Hat die Minderheit eine eigene Organisation?

Das Schweizer Komitee der „Zimmerwalder“ gibt eine Serie „Internationaler Flugblätter“ heraus, deren erstes den Titel führt: „Die Zimmerwalder Linke über die Aufgaben der Arbeiterklasse“. In einer Anmerkung zu diesem Flugblatt schreibt der Herausgeber Fritz Blaken in Zürich:

„Wie wir schon erfahren, stellt sich die unlängst gegründete Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands (I.S.D.) auf den Boden der Zimmerwalder Linken.“

Demnach scheint die Minderheit der deutschen Sozialdemokratie sich eine eigene Organisation geschaffen zu haben. Darauf sind offenbar auch die Machenschaften zurückzuführen, deren Zweck ein selbständiges Auftreten der Minderheit im Reichstag ist. Die Zimmerwalder scheinen es auf eine Spaltung der Partei abgesehen zu haben.

Gewerkschaftliches.

* **Arbeitsprozeß des Abgeordneten M. Schiffer.** Die das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes mitteilt, ist der ehemalige Redakteur dieses Blattes, Köhling, an den Folgen einer Windsturmoperation gestorben. Köhling trat als Beamter im Jahre 1913 aus dem genannten Verbands aus und schrieb über seine darin gemachten Erfahrungen eine Broschüre, die sich in der Hauptsache gegen den Vorsitzenden der Organisation, den Reichstagsabgeordneten Matthias Schiffer, wendete. Sachlich war in der Schrift von Bedeutung der Hinweis auf die Streikbrecherbestimmung des christlichen Verbandes nach Art. 10 des Statuts, die den Streikbrechern die schweren persönlichen Beschuldigungen gegen Schiffer zwang. Diese Broschüre gegen Köhling anzutreten. Diese Klage ist bis heute, wie das christliche Organ mitteilt, aus prozessualen Gründen nicht zum Austrag gekommen. Allerdings schreibt noch ein Prozeß Schiffer gegen einen Wächter Genossen; diese Klage wurde vertagt, weil zunächst die Klage gegen Köhling zum Austrag gebracht werden sollte.

Aus dem Lande.

Durlach.

* **Aus der Gemeinderatsitzung.** Dem Jubelpaar Schlagentwidit, welches am 16. d. Mts. das fette Fest der diamantenen Hochzeit feiert, soll neben einem Nummerntrauf noch ein Geldgehalt von 100 M. verabfolgt werden; ebenso soll dem Vereinslagaratt hier zur Weihnachtfeier für die Retourenboten ein Beitrag von 200 M. gegeben werden. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis davon, daß der Bürgermeister Dr. Bierbaum an Stelle der von ihrem Amt als Vorsitzende von Herrn Kraus hier zurückgetretenen Frau Bürgermeisterin Dr. Reichardt Witwe getreten ist. — Es werden bekannt gegeben: der Bericht von Weidmann für den Monat November; darnach betrug am Schluß des vorigen Monats die Einwohnerzahl hiesiger Stadt 15 372 Personen. Zugewandene sind 226, abgegangen 232, gibt eine Einwohnerzahl für Anfang Dezember von 15 366. — Ferner wird bekannt gegeben der Bericht der Städtischen Sparkasse für den Monat November; darnach betragen die Einnahmen in 1896 Posten 508 841,96 M., die Rückstellungen in 980 Posten 490 528,23 M., somit mehr: Einlagen 18 313,75 M. Einleger sind zugewandene 128, abgegangen 74, somit mehr Einleger 54. Der Erlös der Sparmarken betrug durch Abholen bei den Beteiligten 1240 M., durch Abgabe in der Volksschule 1712,30 M.; im ganzen kamen Sparmarken zur Einlösung im Gesamtwert von 2952,90 M. — Die unbeschriebenen Störungen, die in letzter Zeit in Stadt, Gaswerk vorgekommen sind, haben den Gemeinderat benachteiligt über die Ursachen derselben von sachverständiger Seite ein Gutachten einzuholen. Dasselbe liegt nun vor. Wie nicht anders zu erwarten war, ist dasselbe in allen Teilen zu Ungunsten der jetzigen Gaswerksverwaltung ausgefallen. Der einstimmige Beschluß des Gemeinderats geht dahin, von der Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Gaswerksverwalter abzusehen. Dagegen soll die Stelle auf 1. April 1916 gekündigt werden.

* **Mannheim, 16. Dez.** In den Pfälzischen Wäldern stürzte die 18jährige Arbeiterin Helene Thomas vom 5. Stadtwert durch einen Schind in den unteren Raum hinab. Die Verunglückte wurde mit schweren inneren Verletzungen nach dem Krankenhause verbracht.

* **Schwetzingen, 15. Dez.** Hier herrscht ein Mangel an Eiern. Es wurden Preise bis zu 28 Pf. für ein Ei angelegt. In Mannheim soll das Stüd sogar 30 Pf. gekostet haben.

* **Selkenstein, 16. Dez.** In selbstmörderischer Wut brachte sich der 49jährige Landwirt Kaufelder zwei schwere Stichwunden in die Brust bei, denen er erlag. Ein schweres Leiden dürfte den Lebensmüden zu seiner Tat veranlaßt haben.

* **Achern, 16. Dez.** Die Freie Vaterinnung für unsern Amtsbezirk hat mit Rücksicht auf die Verteuerung des Heizmaterials den Preis von Rundenbrot von 8 auf 8 Pf. für den Satz erhöht.

* **Laß, 15. Dez.** Die Bezirks-Wegerinnung hat den Preis des Kalbfleisches um 10 Pf. auf 1,20 M. das Pfund, herabgesetzt.

* **Heiligensell bei Laß, 15. Dez.** Ein tödlicher Unfall hat sich hier zugetragen. Der aus Bahren stammende, ledige, 73 Jahre alte Tagelöhner Johannes Simon, der sich schon jahrelang hier und in der Umgegend aufhielt, geriet in der Nacht zum Montag auf dem Heimweg zu weit von der Straße ab, stürzte die 170 Meter tiefe Böschung des Dorfbaches hinab und wurde am Morgen tot im Wasser liegend aufgefunden. Er scheint durch den Sturz betäubt gewesen zu sein, so daß er hilflos ertrinken mußte.

* **Freiburg, 15. Dez.** Die allgemeine Ostkrankenliste berichtet, daß infolge des Krieges die Zahl der Mitglieder im August 1914 um 8000 gesunken ist. Das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres war trotzdem recht günstig. Es ergab sich unter Ausschreibung des Mehrertrags der Einnahme-Rückstände und nach 10 Prozent Abschreibungen am Liegenheitswert eine tatsächliche Vermögensmehrung von 108 810,28 M. Die Beitragssumme beziffert sich auf 1 155 871,79 M. Für ärztliche Behandlung wurden 137 154,06 M. ausgegeben.

* **Rom Schwarzwald, 15. Dez.** Auf dem Schwarzwald strenger Frost eingetreten und die Berge tragen bis 600 Meter herab eine Schneedecke.

* **Ulrich, 16. Dez.** Die Schindkammer der schweizerischen Schokoladenfabrikanten hat in Anbetracht der bedeutenden Preissteigerungen für Zucker, Kaffee, Kakaobutter, Ausriistung und Verpackungsmittel usw., die Preise der Produkte um etwa 25 Prozent erhöht.

* **Walsch, 15. Dez.** Der Kommunalverband hat mit Rücksicht auf die größeren Zuweisungen von Weizenmehl die Herstellung von Weizenbrot in beschränktem Umfang und teilweise des Weizenbrot mit Aenderungen in den Mehlzuführungen zunächst für die folgenden Wochentage gestattet: Montag, Mittwoch und Samstag.

* **Dornberg, 15. Dez.** Auf dem Schloßberge wurden am Sonntag blühende Veilchen gepflückt.

Die Kriegsausstellung in Baden.

* **Karlsruhe, 14. Dez.** Wie schon kurz mitgeteilt worden ist, sollen nach Vereinbarung zwischen dem Kriegsministerium und dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz in ganz Deutschland einheitliche Kriegsausstellungen stattfinden, um die vaterländische Begeisterung und den Opfermut erneut argüregen und dem Roten Kreuz für seine großen und mannigfachen Aufgaben neue Mittel zuzuführen.

Für Baden sind Wandrausstellungen zunächst in den Städten Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Baden-Baden, Freiburg, Konstanz, in Aussicht genommen; an Wunsch sollen noch weitere Städte berücksichtigt werden. In

ben haben. In
amunter an die
festen können,

in der Denk-
erklärt, der
Gefehes kann
Staatssekretär

ion ist ge-
adget-
mmer.

folge der aus-
das elektrif-
die Volt-
Der Herr
des Krieges
stakt wie man
wendet werden
e viel größer
quert ange-
den gegenüber
loswartfunden,
können, auch
er Herr Min-
au dem ersten

anderer Re-
ursprünglichen
den neueren
Mung höher
des Entwurfs
in ganz Me-
heit des Unter-
den sich hien-
s vermehren.
Mangert bei
der Lage sein,
und den ge-
Erneuerungs-
die mittlere
it und in be-
Jahren nach
einen Absatz
n, aber dieser
n. Die Me-
acht, daß jetzt
rden, die erst
ien, weil ihre
man sie auf

ommen.

der Bericht-
die der Herr
des Staats-
barauf, daß
17 mit einem

on der Regio-
voorgezogene
und darüber,
daß die
des ver-
ens teilwei-
mit der Re-
ages auf dem
abe, da eine
ratia in jet-
nd, daß im
von dem Vor-
1600 Mark
vielmehr die
Wehrzeit der
auf 2400 Mk.
Seiten an
unabhängigen
Er-
staltung der

z man wahr-
zu rechnen
Der Banan-
ausgestellt,
eder Tag,
betrag er-
den, daß alle
anschlag ein-
die Regierung
Dedung des
Dedung habe
die Ein-
nahme zu
uerverpflichten
sicht auf die
Die Regio-
gen Dedung
ame und daß
stark hinüber
nicht in Be-

Artsruhe wird die Ausstellung voraussichtlich Mitte Januar eröffnet werden. Zu der Eröffnungsfeier werden die Spitzen der Behörden und die Kriegswaliden und Kriegsteilnehmer eingeladen. Zur Ausstellung kommen in der Hauptstadt Kriegsgegenstände aller Art, aber auch sonst interessante Kriegsgegenstände der eigenen Armee, einschl. des Sanitätswesens und des roten Kreuzes, sodann auf den Krieg bezügliche Denkmäler, Bilder usw. Mit der Ausstellung verbunden wird eine Verkaufsteilung, in welcher Sprungtüde, Ausläufer und dergleichen Restfälligkeiten von Wäbern, Postkarten usw. zum Verkauf gelangen.



Gefallene Badener. Den Heldentod fürs Vaterland starben:

Musk. Alois Bund von Reichshausen. Die beiden Brüder Adolf Kemmer und Werner Karl Kemmer von Erfeld. Schiffer Heinrich Rödiger von Gerbach. Lt. d. R. Geometer Karl Stammer, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Unterfessach. Gren. Wilhelm Baider von Kirchart. Lt. stud. theol. Fritz Bayer von Heidelberg. Musk. Jakob Ott von Pfalzstadt. UO. Karl Garimann, Ritter des Eisernen Kreuzes und UO. Rudolf Geith von Forzheim. Lt. Wolfgang Keller, Ritter des Eisernen Kreuzes, im Ri. Ri. 29. UO. Blasius Friedmann, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Mastatt. Musk. Hermann Bing von Zahrs-Burgheim. Kriegsfreiw. Hermann Gader von Lehr. Kreiswogwärter Friedrich Wilhelm Scheurer von Mappach. Hilfsführer stud. theol. Joseph Septing von Schönenbach. Joseph Mutschler von Beuren. Gren. Karl Schumacher von Hadolfzell und Radfahrer Ferd. Kelle von Kornsberg.

Lt. Hans Kamann von Karlsruhe. UO. August Konnenmacher von Dillheim. Landwehrrn. Otto Denzinger von Birkenfeld. Landsturmann Schutzmachermester Christian Bauer und sein Sohn Gren. Karl Bauer von Miesern. Hilfsführer Georg Bollaß von Bonnenhof. Gebr. Georg Jakob Heid von Mauer bei Heidelberg. Lehrer Otto Harbrecht von Obrißheim bei Mosbach. Gri. Ri. Karl August Volkert von Heffeld. Hauptlehrer Leopold Bischoff von Mannheim. Kriegsfreiw. Volksschulkandidat Karl Schmid von Pfalldorf und Landsturmann Wilhelm Sibold von Maulburg.

Aus der Stadt. Karlsruhe, 16. Dezember.

Starke Mahnung zur Sparsamkeit mit dem Brotgetreide.
In weiten Kreisen der Bevölkerung scheint, so lösen wir in einem heimatlichen Artikel in der „Karlsruher Zeitung“, die Auffassung Platz zu greifen, als ob das deutsche Volk so reichlich Brotgetreide besitze, daß die strenge Beobachtung der bestehenden Streckungsbestimmungen nicht mehr geboten sei. Diese Ansicht stützt sich auf Nachrichten über Einfuhr von Getreide aus Rußland und Rumänien, sowie auf die Tatsache, daß die Reichsbrotbestellung im Interesse der Getreide- und Milchherzeugung eine bestimmte Menge Weizen- und Roggenstrot zur Verfügtung an Schweine und Rindvieh abgibt.
Die Meinung, daß wir mit unseren Brotgetreidevorräten nicht mehr sparsam zu wirtschaften brauchen, ist aber durch aus irr. Nur dann wird es uns gelingen, den Ausnahmungsplan unserer Feinde zu durchkreuzen, wenn die Streckungsbestimmungen streng befolgt werden. Insbesondere ist es notwendig, daß die Landwirte die bestehenden Verfügtungsbefehle genau einhalten und daß die Selbstverbraucher zur Einschränkung auf den Kopf und Monat nicht mehr als 10 Kilogramm Brotgetreide verwenden. Aber auch bei der Vereitung von Backwaren sind die bestehenden Vorschriften streng zu beachten. In dieser Hinsicht ist hervorzuheben, daß in Baden das Breiten von Kuchen, welche inländisches Weizen- oder Roggenmehl enthalten, auch für private Haushaltungen verboten ist.

Genaueres ergibt sich, daß die Herstellung von Weihnachtsgebäck, welches inländisches Weizen- oder Roggenmehl enthält, abgesehen von Mäntelgebäck, auch in privaten Haushaltungen verboten ist. Das Ministerium des Innern beabsichtigt nicht eine Überlegung dieser Bestimmungen eintreten zu lassen. Zuwiderhandlungen wegen die bestehenden Vorschriften werden streng bestraft werden.

Aufgefundene Kindesleiche. Am Sonntag, den 12. ds. Mts., vormittags, wurde in der Degenfeldstraße in einem Hauseingang hinter der Haustüre die Leiche eines neugeborenen Kindes im 7. Monat aufgefunden, welche in eine Nummer der Abendausgabe der „Badischen Presse“ vom 11. ds. Mts. und in einen Sack eingewickelt war. Die Kindesmutter ist unbekannt. Um Mitteilungen zu deren Ermittlung an die Schutzmannschaft oder Gendarmerie wird gebeten.

Mit den Weihnachtsfestungen bittet die Reichspostverwaltung bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr aufhäufeln. Die Pakete sollen dauerhaft verpackt werden und eine deutliche vollständige und halbhohe Aufschrift tragen. Der Name des Bestimmungsorts muß recht groß und deutlich gedruckt oder geschrieben sein. Empfehlenswert ist die Anbringung einer zweiten Aufschrift innerhalb der Verpackung. Bei den in Leinwand verpackten Sendungen mit Fleisch oder anderen Gegenständen, die Feuchtigkeit, Fett, Blut usw. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden.

Vom Bahnhof Brühlwinkel. Man schreibt uns: Wenn man die Bahnhofbeleuchtung am Lokalbahnhof in Brühlwinkel betrachtet, so muß man sich vorläufig wundern, daß dort nicht schon Inlandsköhle postiert sind. Früher noch gerade morgens und abends, wo es bei der jetzigen Jahreszeit immer noch ist, die meisten Läden mit Arbeitern, aus und ein. Sehr viele Arbeiter müssen ausziehen und die Dazwischen Arbeiter in die von Durmersheim kommenden Züge umsteigen. Die Leute tappen da im Dunkeln zwischen den Schienenpfeifen herum und stolpern abwechselnd über die Schienen und Weichenhebel. Dabei wird noch tangiert, jedoch man manchmal nicht weiß, wo man hinbringen soll und man sich wundern, dabei nicht den Hals gebrochen zu haben. Kurz, ein Zustand, der für die Arbeiter lebensgefährlich ist. Man wagt zwar, daß bei der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft diese Mängelhaftigkeit traditionell ist, aber die Stadt Karlsruhe soll nicht der Meinung sein, daß das, was der „Süddeutschen“ gut genug war, auch für die Stadt gut genug sein muß. Aber es scheint so, denn selbst diese Bahn sich in städtischer Höhe befindet, hat man von gewöhnlichen Hochleitungen noch nichts geseht. Im Gegenteil, für den gleichen Dienst hat man heute keine Hälfte des Personals als früher, jedoch es manchmal vorkommt, daß ein Schaffner von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr Dienst tun muß.

Was nun die Bahnhofbeleuchtung anbelangt, so könnte diese meines Erachtens ganz einfach und ohne großen Kostenaufwand hergestellt werden, da ja in der Degenfeldstraße die Gasleitung liegt, aber man hätte sich mit der Firma Sinner ins Benehmen setzen wegen Erhellung zweier elektrischer Bogenlampen. Hoffentlich wird das Straßenamt damit einverstanden sein, daß dieser Zustand beseitigt, bevor ein größeres Unglück passiert ist und nicht erst nachher.

Dyermut unserer Soldaten. Im Vinsentius-Bannerverein machte Kaplan Deilmann Mitteilung von einer opferwilligen Tat, die Soldaten eines hiesigen Logarretts vollbracht haben. Wie der „Berobacher“ berichtet, sollte einem jungen Mann ein Bein abgenommen werden. Der Arzt hatte Bedenken, weil der Patient schon großen Widerwillen erlitten hatte und deshalb Gefahr für ihn bestand. Da fragte er die im Zimmer liegenden anderen Soldaten, ob sie nicht von ihrem Blute etwas für ihren armen Kameraden abgeben möchten, um ihm das Leben zu retten. Da meldeten sich alle im Saale anwesenden Verwundeten und sie gaben 1/2 Liter Blut ab, das dem Kameraden zugeführt wurde, ehe man die Operation vornahm. So wurde ihm das Leben erhalten.

Im Berlin bildender Künstler sprach gestern Abend Herr Vornat Gersner aus Frankfurt a. M. (ein glühender Karlsruher) über „Karlsruhes Kunstgeschick“ mit Bildern von Gemälden von Moriz v. Schwind und August Heidebach. Der Vortrag bestand es, die zahlreichen Zuhörer mit warmen Worten für unsere beiden heimischen Künstler zu begeistern. Es gelang ihm dies um so eher, als er in bemerkenswerten Bezügen auf Schwind gefunden ist und mit Feuerwort persönlich bekannt war. So hat er in seinem Vortrag zugleich und mit dem Gedanken der beiden als auch mit ihren Kunstwerken bekannt gemacht. Herauszuheben aus dem Vortrag sollen zwei Ergebnisse werden, die für ihr Leben ausschlaggebend waren: Schwind hatte in den 40er und 48er Jahren sein Atelier in der Nähe des Landtagsgebäudes und hielt sich begeistertest damals mehr an die Verhältnisse als an seine Arbeit. Er fertigte die damaligen bürgerlichen Freiheitskämpfer in trefflichen Bildern, die im Volke Anklang fanden. Das war sein Verdienst. Diese Derrn waren nämlich auch in der Budget-Kommission, die die Arbeiter für die Wanderschaft der Badener Trinkhalle zu vergeben hatten. Schwind war vorgesehen, die Wandbilder dort zu malen — aber die Budgetkommission ließ ihn durchfallen. Daraufhin folgte Schwind verdrängt einem Ruf nach Frankfurt, nachdem er sich unbegreifliche Dienste in Karlsruhe erworben hatte. Feuerbach hatte die Mühseligkeit, nach einigen Jahren Studium in Düsseldorf den wahren Professorensitz an der Kunstschule zu fassen: „Düsseldorf kann mir nichts mehr bieten“. Alles können half ihm nicht. Sein Schicksal befolgte ihn bis zum Tode. Auch in Karlsruhe suchte man ihm das später nachzutragen. Viele wertvolle Gemälde von ihm wurden in der Gemäldegalerie lange Zeit nicht ausgestellt — erst der Nachwelt war es vorbehalten, ihn zu rekonstruieren. Die beiden deutschen Künstler haben Werke geschaffen, die dem Volke auf dem Kunstmarkt nötig an die Seite gestellt werden dürfen.

Tierschutzverein Karlsruhe. Die Dezemberversammlung war gut besucht und hatte eine umfangreiche Tagesordnung. Es sei aus derselben kurz folgendes erwähnt: Der Vorsitzende, Herr Borret, sprach über die große Anzahl von vorzüglichen Büchern und Schriften der Vereinsbibliothek. Es liegt in denselben eine große Reichtum von Kenntnissen über die Tierwelt — das Tierchen — und den Tierchutz aufgeschlüsselt. Am Schluß der längeren Ausführungen meinte der Vorsitzende, der Verein solle zeitweise durch Mundstücke oder in den Jahresberichten die tierärztlichen Gedanken und Ideen den Mitgliedern in kurzen Auszügen mitteilen, damit auch diejenigen, welche die monatlichen Sitzungen nicht besuchen, ebenfalls damit bekannt würden. — Einen breiten Raum der vielstündigen Verhandlungen nahmen wieder die Winterfütterung der Bäder und die enorm hohen Futterpreise ein. Es soll, wie schon früher bekanntgegeben, nur an neuen Tagen Futter an die Mitglieder verabreicht werden (und zwar alle 14 Tage nur ein Pfund), an denen der Boden hart gefroren, oder mit einer dicken Schneedecke bedeckt ist. Der Verein sorgt selbst für ausreichende Fütterung in den Anlagen und Gärten. Es wurde die Fütterung mit Kno-

chenmehl in Erwägung gezogen. Es darf aber nur vollständig zu Mehl gemahlenes verwendet werden, da im andern Falle die gang kleinen Knochenplättchen den Tieren gefährlich werden können. Dem Redner d. s. Vereins, Herrn Rechnungsrat Gerhard, wurde der Dank für seine bereitwillige Übernahme der Kassengehäfte, sowie für seine übersichtliche, klare Buchführung ausgesprochen. — Ueber nachfolgende Themen erfolgte eine äußerst lebhaft und eingehende Aussprache: Die grausame Art und Weise des Gänsefressens, welche für die Erziehung eines gesunden, schmackhaften Fleisches eine verfehlte sei. — Das im hohen Grade tierquälerische Aussehen der Froschkensel, welches dem Feinschmecker eigentlich den Appetit nehmen sollte. — Die Reitsche (mit Treibschmutz) gegen unsere armen gequälten Pferde und das unnötige zwecklose Knallen mit der Reitsche. — Das Verbot, einheimische Vögel zu fangen, zu verkaufen und zu halten.

Zur Angelegenheit der „Ergellensbaken“ im Künstlerhaus wird uns mitgeteilt, daß der Ausschuss „Ergellensbaken“ von der Gardenerbau gebraucht wurde, ohne Wissen d. s. Vereins oder der betreffenden Herren, denen es fern liegt, für sich besondere Rechte zu beanspruchen. — Wir hoffen, daß sich damit jetzt beide Teile zufrieden geben.

Die Weihnachtsfestung des Bad. roten Kreuzes. Die Weihnachtsfestung für die badischen Truppen ist jetzt vollständig hinausgeschickt worden. Die einzelnen Wagen werden von Herren aus verschiedenen Teilen des Landes begleitet. Insgesamt sind 120 000 Pakete an die verschiedenen Fronten gegangen. 10 bis 15 000 Pakete sind noch hier zurückbehalten worden, die sind für diejenigen badischen Truppenteile bestimmt, die in Kasernen oder in Kompanien außerhalb der Truppen stehen.

Unfall. Gestern nachmittags wurde ein in der Karlsruhestraße mit Auspuffern des Straßenbahnnetzes beschäftigter Pfahlererlektion aus Röhlingen von einem heranfahrenden Straßenbahnwagen erlegt und auf die Seite geschleudert. Er trug zwei erhebliche Kopfverletzungen davon und wurde nach Anlegung eines Notverbandes ins städtische Krankenhaus gebracht.

Wegen Ueberschreitung der Kartoffelhöchstpreise gelangte ein Landwirt aus Birkach zur Anzeige.

Veranstaltungen.

Welt-Kino und Kafi, früher Metropol. Als Eröffnungsvorstellung bringt der neue Spielplan: „Der rasende Roland“, Lustspiel in 3 Akten. „Die Frau des anderen“, Drama in drei Akten.

Letzte Nachrichten.

Unterstützung der arbeitslosen Textilarbeiter.

Berlin, 15. Dez. (Amtlich.) Zur Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Fürsorge für solche Angestellte und Arbeiter, die in Betrieben der Textilindustrie infolge von Arbeitsbeschränkungen erwerbslos geworden sind, sind von Reichs vom 1. Oktober 1910 ab besondere Mittel bereit gestellt worden, aus denen die Gemeinden und Gemeindeverbände wenigstens die Hälfte der Aufwendungen für erwerbslos gewordene Angestellte und Arbeiter der Textilindustrie erstattet wird. Neben dem Reich wird auch der Staat helfend eintreten, indem er den Gemeinden und Gemeindeverbänden seinerseits regelmäßig ein Drittel der fraglichen Aufwendungen erstattet wird, jedoch ihnen höchstens ein Sechstel zu eigenen Lasten verbleibt. Durch diese Hilfsaktion von Reich und Staat werden die Gemeinden in die Lage versetzt, den erwerbslos gewordenen Angestellten und Arbeitern der Textilindustrie ihre Fürsorge in einem dem Bedürfnis entsprechenden Maße zu widmen.

Der Hauptauschuh des Reichstags.

Berlin, 15. Dez. Der Hauptauschuh des Reichstags hat die Resolution des Zentrum auf Eröffnung einer Centralstelle für Lebensmittelfürsorge einstimmig angenommen und sodann über die Reform der Kriegsbekleidungsordnung beraten. Der Stellvertreter des Kriegsministeriums erklärte, er sei im Benehmen mit dem Reichsstaatssekretär in Erwägungen darüber eingetreten, inwieweit und wann die gewöhnlichen Reformen durchgeführt werden könnten. Die jetzigen Gehaltsätze entsprächen im allgemeinen denen, die 1870/71 bezahlt worden seien. Viele Offiziere des Reichsarmybestandes hätten kein anderes Einkommen als aus dem Kriegsdienst. Auf einen Unterschied mit altzeit zu machen, zu einem Zeitpunkt aber, wo an andern Stellen Arbeiter und Beamte Teuerungszulagen erhielten, weitere Schritte zu machen, sei für Offiziere, die in Belgien stehen, seien nur noch die immobilen Vermögenswerte verlassen worden, während die Mannschaften über

Karlsruhe, 12. Dez. 1910.
Herrn Richard Bahr
Mechan. Kleider- und Wäsche-Fabrik
Karlsruhe.
Die Bestellen drei Hemden
wurden gestern abgeliefert. Den
Betrag hat der Ueberbringer er-
halten.
Ich bin mit den Hemden sehr
zufrieden und bitte mir weitere
drei Hemden liefern zu wollen.
Ergebenst
R... Hauptmann.
Anerkennungen, wie die vorstehende,
werden täglich schriftlich wie mündlich bei
mir verlaufbar. Ist Du, lieber Leser, noch
nicht Kunde von mir, mache bitte einen
Versuch. 8310
Richard Bahr.

mobilen Geschütze erhielten. Der Staatssekretär des Reichs...

Von der türkischen Armee. Berlin, 16. Dez. Laut „Berliner Lokalanzeiger“...

Belagerung Salonikis. Berlin, 16. Dez. Eine Kopenhagener Depesche des...

festigung der Stadt wird fieberhaft verstärkt. Den Kern...

Der Rückzug der Ententetruppen auf Saloniki. Saloniki, 16. Dez. Das „Kontorische Büro“ berichtet...

Die englische 4 Millionen-Armee. London, 14. Dez. Im Unterhause wurde die Bill...

daten, durch welche die ganze Seeresflotte auf vier...

Die Monarchie China. London, 15. Dez. Ueber die Veränderung der...

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm...

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Heft 1 (Preis 30 Pf.)...

Buchhdlg. Volksfreund Luisenstraße 24. Ein Schreiner, Anzläger, sofort gesucht.

Kleines Tafelklavier für Fernstudium geeignet, ganz billig zu verkaufen.

Alle Druck-Arbeiten liefert rasch und billig Druckerei Volksfreund Luisenstraße 24.

Einige angegriffene, große weiße Bettücher Mt. 3.00 Wilhelmsstraße 30.

Pfannkuch & Co. frisch eingetroffen: Handkäse Stk 10 Pf.

Süß-Büchlinge Stk 20 Pf. Geräucherte Heringe Stk 22 Pf.

Pfannkuch & Co. frisch eingetroffen: Handkäse Stk 10 Pf.

25 Mark Einheitspreis für einen Anzug. Weihnachtsverkauf Anzug- u. Paletotstoffe zum Einheitspreis von 25.- netto Kasse...

Dankfagung. (55. Liste). Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst...

Städt. Fischmarkt. Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen...

Ersatz für Petroleum ist Carbid-Beleuchtung! Weihnachts-Geschenke für Haus und ins Feld: Zimmer- und Küchenlampen...

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. Der Verkauf von Petroleum findet in unsern sämtlichen...

Rüppurrerstr. 20. ist so lange Vorrat reicht, billig abzugeben: Herren- und Damenwäsche...

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen. Preis 30 Pfg.

Klavierstimmen. Bei gewissenhafter Ausführung und mäßigen Preisen in und außer...

Pfannkuch & Co. frisch eingetroffen: Feinste Bodensee-Blaufelchen 1.40 Mt.

Pfannkuch & Co. frisch eingetroffen: Feinste Bodensee-Blaufelchen 1.40 Mt.

Pfannkuch & Co. frisch eingetroffen: Feinste Bodensee-Blaufelchen 1.40 Mt.

Pfannkuch & Co
Frische Schellfische
 Kleine Pfund 60 Pfg.
 mittlere Pfund 60 Pfg.
 extra große Pfund 70 Pfg.
 Diese letztere Sorte nur in den Filialen Karl Friedrichstr. 3, Akademiestraße, Ecke Karlstraße, Eisenlocherstr., Ecke Kriegstraße und Kaiser-Allee, Ecke Dorfstr. erhältlich.
 Frisch gewässerte **Stockfische**
 Pfund 38 Pfg.
Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 den bekannten Verkaufsstellen

Gebrauchte, vol. Chiffoniers zu 15 M., 18 M., 25 M., 30 M., 40 M. das Bild, 2 Tür. Indierte Schränke 12 M., 15 M., Schreibisch 23 M., Schreibkommode 15 M., Wobenteppich, groß, 26 M., Waschkommode mit Marmor und Spiegel 55 M., Trumeau 30 M., Emailbadewanne 25 M., runder Tisch 15 M., Eisschrank 20 M., Waschmange 15 M. 8478

Levy & Fammle, Möbelgeschäft
 Markgrafenstraße 22.

Trauerkleider
 färbt rasch und billig
Färberei J. Firnrohr
 Kaiserstr. 28. 8777

Um zu räumen werden sämtliche Resbestände in **Schlafdecken**, **Bettteppichen**, **Kamelhaardecken**, **Jacquarddecken**, **Pferdedecken**, **Pferdetappichen** — enorm billig abgegeben. — Sehr löhnend f. Wiederverkäufer
Arthur Baer
 Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch.

Klavierstimmen
 erledigt pünktlich
Ludwig Schweisgut
 Hofstr., 8883
 Erbprinzenstrasse 4.
 Fernruf 1711.

Umzüge m. Möbelwagen und Selbstmitilfe billig 7916
R. Muffinger Zeffingstr. 20
 Telefon 1700.

Hafen- u. Rehfelle
 werden stets angekauft. 8207
Schwanenstr. 11, Tel. 885.

Unsere Abteilungen
Spiel-Waren
 und
Baumschmuck
 sind besonders reich sortiert.
Geschw. KNOPF.

Mund-Harmonika's
Zieh-Harmonika's
 echte Knittlinger Instrumente, nur Ia. Qualitäten
Fritz Müller, Musikalienhandl., Planos
 Karlsruhe, Kaiserstr., Ecke Waldstr. u. Kaiser-Passage.
 Telephon 1988. Rabatmarken. 8765
 Stimmen und Reparieren aller Instrumente.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
 Jähringerstraße 100. — Telephon 629.
 Wir suchen zum sofortigen Eintritt:
 Geiger und Maschinisten, Zimmerleute, Bauhelfer, Eisenbrecher, Schmiede, Elektromonteur, Blechler und Installateure, Räder, Maurer und Steinbauer, Metzger, Buchbinder, Friseur, Schriftföhrer u. Buchdrucker, Glaser (Rahmen), Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter, Säger, Birkenfäger, Hautglöhner, Tagelöhner für Holzlager. 8806

Schuhwaren und Schirme
 in nur guter Ausführung bei billigster Berechnung kaufen Sie bei 8908
J. Madlener, Auktions- und Schuhgeschäft
 20 Rippurrerstraße 20.
 NB. Sonntag von 11 hr an geöffnet.
 Stauend billiger 8864

Pelze-Verkauf.
 32 Nur Zirkel 32, 1 Treppe hoch.

Pferdefleisch.
 Hauptverkaufstage für meine Fleisch- und Wurstwaren zu dem bekannten Preis —
Mittwoch und Samstag. 8767
Theodor Gramlich
 Pferdeschlächtere mit elektrischem Betrieb.
 Durlacherstraße 59. — Telephon 3319.

Residenz-Theater
 Waldstr.
 Nur bis Freitag
Pflicht und Liebe
 Kriegsepisode in 3 Akten.
 Die neuesten hochinteressanten Originalaufnahmen von sämtlichen **Kriegsschauplätzen.**
 Die grossartige Porphyrschlucht des Eggenfels (Böhmien)
 Lung als Männerrechtler, Humor.
 Cinesinos Laubensreiche Komödie.
 Die **Hopi-Indianerin**
 Drama. 8901

Der mitternächtliche Gast
 Drama in 2 Akten.
Drucksachen fertigt an **Buchdruckerei Volksfreund.**
 Empfehle zu niedrigsten **Weihnachtspreisen:**
Pelze 8874
Plüschgarnituren
 Wilhelmstraße 30.

An unsere Leser!
 Es ist nicht das erste Mal, dass wir unseren Lesern ein solches **Weihnachts-Geschenk** bieten können. Dieses Mal sind es
Friedrich Hebbels Werke
 herausgegeben von Dr. Eibert Schmitz in neuer illustrierter Ausgabe in zwei eleganten Prachtbänden für den durch Massenaufgaben ermöglichten **äußerst billigen Preis von nur 3 Mk.**
Judith: Agnes Bernauer: Nibelungen und andere zeigen die gewaltige Grösse des genialen Dramatikers.
Gedichte wie „Das Kind“, „Das Gebet“ und viele mehr sind von einer Tiefe und Zartheit, die kaum ihresgleichen haben.
Die Erzählungen und Sprüche zeichnen sich durch edle Kunstform und Gedankentiefe aus.
Die Tagebücher bieten einen tiefen Einblick in die Seele des Dichters. Seine jammervolle Jugend, seine zähe Ausdauer, sein ernstes Streben nach dem Höchsten lernen wir kennen.
 — All dies Gewaltige, all dies Schöne, all dieses Grosse enthält unsere Ausgabe. —
 Einem jeden, ob jung oder alt, bietet sich durch diese **neue illustrierte Ausgabe** die Möglichkeit, diese wertvollen, dabei unterhaltenden und belehrenden Werke, sei es als Geschenk, sei es für das eigene Heim, anzuschaffen.
So lange der Vorrat reicht, ist das Werk zum obigen Preise in unserer Expedition, den Filialen und bei unseren Trägern erhältlich.
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.
 Bestellung per Telephon 128 frei ins Haus.
 Versand nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages zuzüglich 30 Pfg. Porto. (Nachn. 20 Pfg. extra.) — Auf ein Paket gehen 2 Exemplare.

Was bringt Vorteil?
 Der Einkauf in den Geschäften des
Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe.
 Sammelt unsere Rabattmarken. 8856